

Studiengebühren – ohne uns

Studiengebühren – ohne uns: Denn Malaika, Ricardo, Xingxing, Amar und Hammed können sich das Studium mit Gebühren nicht leisten.

Eine Studienentscheidung unabhängig von finanziellen Überlegungen zu treffen, ist ein großes Privileg. Etwa die Hälfte der Internationalen Studierenden kommt auch deshalb nach Deutschland, weil sie sich ein Studium hier leisten können. Wenn die Regierung nun sagt: „Wir wollen nicht, dass Studierende kommen, weil es hier billig ist“ klingt das, als wären Studierende, die dieses Privileg nicht genießen bei uns nicht mehr willkommen.

Menschen aus armen Ländern sind besonders betroffen. Einige Studierende sind zwar „verhältnismäßig wohlhabend“ – doch was bedeutet das in einem Land mit durchschnittlichem Jahreseinkommen unter 4000€? Mein Freund Kingsley aus Nigeria musste schon mit 13 seinen Lebensunterhalt selbstverdienen. Ich habe ungeheuren Respekt vor Menschen wie ihm, die trotz all dieser Hindernisse ein Studium in Deutschland meistern, abends in die Druckerei fahren, in den Semesterferien bei Amazon Pakete packen. Etwa 15% der Studierenden finanzieren ihr Studium komplett über Arbeit – ein Finanzierungsmodell, dass durch die geplanten Gebühren unmöglich wird. Es ist unverantwortlich, diesen Menschen den Zugang zum Studium noch zu erschweren und insbesondere Studierende aus AKP und Entwicklungsländern nicht pauschal und explizit vom Gesetz auszunehmen.

Die Bedingungen für Internationale Studierende müssen dringend verbessert werden – nicht erst seit Oktober. Trotz unserer Forderung stellt der Gesetzentwurf nicht sicher, dass wenigstens die 300€ bei den internationalen Studierenden ankommen. Stattdessen drohen die Gelder in den Haushalten der Hochschulen zu versickern.

Auch sind die gewählten Maßnahmen klar kontraproduktiv: Wer mit internationalen Studierenden spricht, kennt zwei Hauptprobleme: Wohnen und Studienfinanzierung. Pro Monat haben internationale Studierende nur 750€ - im Durchschnitt! Viele Studierende haben weniger; Abzüglich Studiengebühren, Semesterbeitrag, Rundfunkbeitrag, Kranken- und Pflegeversicherung bleiben 350€. Wer nicht im Wohnheim unterkommt, kann kaum davon leben.

Wir kritisieren, dass soziale Kriterien bei der Gebührenbemessung keine Rolle spielen. Internationale Studierende und Zweitstudierende haben keinen Anspruch auf Bafög, kaum Zugang zu Krediten – Stipendien für Zweitstudierende gibt es kaum.

In einer sich wandelnden Wirtschaft und Gesellschaft, müssen Menschen weiterhin die Möglichkeit haben sich fachlich weiterzuentwickeln. Studiengänge mit schlechten Berufsaussichten treffen die Zweitstudiengebühren besonders hart. Geisteswissenschaften, wie Philosophie, werden zum elitären Privileg. Mit der Idee freier Wissenschaft, Chancengleichheit und Bildung als Menschenrecht ist das nicht zu vereinbaren.

Von Internationalisierung profitieren alle. Denn durch den Austausch mit Menschen aus aller Welt, können Studierende interkulturelle Kompetenzen direkt auf dem Campus erwerben – auch diejenigen, denen ein Auslandsemester nicht möglich ist. Internationale Studierende bereichern unsere Unis; Sie bringen neue Perspektiven, haben interessante

Forschungsideen, engagieren sich ehrenamtlich, machen Sprachtandems, sind Freunde.

Nachdem wir erst vor wenigen Jahren gemeinsam mit den Grünen für die Abschaffung von Studiengebühren demonstrierten, wollen wir nicht hinnehmen, dass nun genau diese Partei ihre Sparziele auf dem Rücken von uns und unseren Mitstudierenden umsetzt! Wir appellieren an alle Abgeordneten, gegen den Gesetzentwurf und für freie Bildung zu stimmen.